



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
- L 21 -

Kiel, 26. März 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*51. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses***

*am Mittwoch, dem 25. März 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung sowie eine Stellungnahme von Herrn Wendt, Landrat des Kreises Steinburg, über die Klage des Kreises Steinburg gegen den im Dezember 2014 vorgelegten **Planfeststellungsbeschlusses für den A-20-Elbquerungsabschnitt zwischen Glückstadt und Niedersachsen** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss. Dem Ausschuss soll ein schriftlicher Bericht über Gespräche der Landesregierung mit dem Kreis zugeleitet werden, die in der nächsten Woche beginnen. Das Thema soll in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen werden.

Ferner nahm der Ausschuss einen Bericht der Landesregierung über **Baureife Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein sowie die Planungskapazitäten beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr** entgegen, an den sich eine Aussprache anschloss.

Dem Landtag empfahl der Ausschuss mit Zustimmung der Antragsteller bei Enthaltung des Vertreters der PIRATEN, den Antrag der Fraktion der CDU, **Zukunftsgerichtete Energieversorgung von Schiffen in Kieler und Lübecker Hafen sicherstellen**, [Drucksache 18/2338](#), für erledigt zu erklären.

Zum Antrag der Fraktion der FDP, **Gesamtkonzept für eine neue Fehmarnsund-Querung**, [Drucksache 18/2323](#) und dem dazu vorliegenden für selbständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Fehmarnsund-Tunnel zügig planen**, [Drucksache 18/2367](#), streben die Fraktionen an, bis zur nächsten Sitzung einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten.

Der Ausschuss beschloss, in einer seiner nächsten Sitzungen zu dem Antrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN, [Drucksache 18/2694](#) (neu) - 2. Fassung -, **Kein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger durch „Section Control“ auf unseren Straßen**, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Angehört werden sollen der zuständige Kreis, LBV, der Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein sowie Vertreter der Landespolizei Schleswig-Holstein.

Hinsichtlich des Antrags der Regierungskoalition, **Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln**, [Drucksache 18/2496](#), und des dazu vorliegenden Änderungsantrags der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/4066](#) (neu), schließt sich der Wirtschaftsausschuss dem Votum des federführenden Europaausschusses an.

Er nahm sodann die Beratungen zu dem Bericht der Landesregierung, **Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2558](#), auf und wird diese Beratungen zu gegebener Zeit fortsetzen.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion der FDP, **Atommüll-Zwischenlager in Brunsbüttel**, [Drucksache 18/2661](#), schloss sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an.

Zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, **Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2478](#), beschloss der Ausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Anzuhörende sollen bis zum 2. April gegenüber der Geschäftsführung benannt werden. Als Termin bis zur Abgabe der Stellungnahmen wurde Mitte Juni 2015 festgelegt.

Zum Bericht der Landesregierung, **Perspektiven für die Westküste**, [Drucksache 18/2884](#), kam der Ausschuss überein, schriftliche Stellungnahme einzuholen. Die Anzuhörenden sollen bis zum 2. April 2015 gegenüber der Geschäftsführung benannt werden. Frist bis zur Abgabe der Stellungnahmen ist Mitte Juni 2015. Der Ausschuss nimmt ferner das Angebot der Landesregierung an, nach Entscheidung des Westküstenbeirats schriftlich über das Projekt sowie die Zeit- und Ablaufplanung unterrichtet zu werden.

Zum Antrag der Fraktion der FDP, **Einrichtung von Tempo-30-Zonen sinnvoll regeln**, [Drucksache 18/2782](#), sowie dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Erhöhung der Verkehrssicherheit durch die Stärkung schwächerer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sowie erhöhter Schutz von Anwohnerinnen und Anwohnern**, [Drucksache 18/2842](#), bittet der Wirtschaftsausschuss den beteiligten Innen- und Rechtsausschuss, ihm ein Votum vorzulegen.

Die Landesregierung berichtet dem Ausschuss ferner über den **Stand der interministeriellen Arbeitsgruppe betreffend eines Leitfadens „für mehr frühzeitige Transparenz und Beteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben“**, auf den eine Diskussion folgte. Die Landesregierung wurde gebeten, dem Ausschuss das Ergebnis der Arbeitsgruppe nach Kabinettsbefassung vorstellen.

Der Ausschuss kam ferner überein, in seiner nächsten Sitzung eine mündliche **Anhörung** zum Thema **Bäderbahn in Ostholstein** durchzuführen und dazu den Landrat, den Gutachter sowie die Deutsche Bahn einzuladen.

Von der Tagesordnung setzte er folgende Punkte ab:

- **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015**

Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/2750](#)

(einstimmig; die zuständigen Ministerien sollen in der nächsten Sitzung die Schwerpunkte aus dem Bereich Wirtschaft vorstellen)

- **Fahrradverkehr in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung, [Drucksache 18/1806](#)

Schleswig-Holstein fahrradfreundlicher gestalten

Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1975](#) (neu)

(mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW gegen die Stimme des Vertreters der PIRATEN)

- **Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1974](#)

(mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW gegen die Stimme des Vertreters der PIRATEN)

Schluss: 13 Uhr

gez. Petra Tschanter